

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 13 (1987)
Heft: 3

Rubrik: Inserat

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

te sich in zwei Teile: Zum einen die Kritik an der MoZ und ihrer Projekte nach dem Motto "all we need is zoff", zum anderen einen informativen Beitrag über die Gefahren von Genterapie, Reproduktionstechnologie und pränatale Diagnostik für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Aus dem Referat der Antigena, unserem eigenen Referat und aus der anschließenden Diskussion möchten wir nun drei kontroverse Fragen herausgreifen.

2. Bündnisse

Zugegeben: die heutige Linke bietet in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs ein tristes Bild. Wir meinen, dass es den Druck von uns Frauen braucht, damit sie aus ihrer heutigen Passivität heraustritt und mit uns *alle* unverzichtbaren Forderungen stellt. Eine gesamtschweizerische Fristenlösung mit garantierter Bezahlung durch die Krankenkasse ist *minimale* Voraussetzung unserer Selbstbestimmung. – So-

“Die heutige Linke bietet in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs ein tristes Bild.”

1. Selbstbestimmung

Im engeren Sinn erfordert es zwei gesellschaftliche Veränderungen: Erstens die Beseitigung staatlicher Kontrolle über den weiblichen Körper. Die berüchtigten Strafgesetzkartikel, die die Abtreibung unter Strafe stellen, sind nur die Spitze des Eisberges. Zweitens den Ausbau und die soziale Finanzierung der autonomen Infrastrukturen der Frauenbewegung (Infra's, Ambi's), die soziale Finanzierung von Schwangerschaftsabbruch und Verhütung durch Krankenkassen und die Rückeroberung und an den Bedürfnissen der Frauen orientierte Umgestaltung der Gynäkologie.

Im vollständigen Sinn erfordert das Selbstbestimmungsrecht Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere Mutterschaftsschutz, Elternurlaub, Kindertagesstätten.

Die erste Kritik der Antigena an der MoZ lautete, Selbstbestimmung könne

weit das Projekt der MoZ.

Die Antigena kritisiert an diesem Projekt, dass wir das Bündnis mit den gemischten Linken überhaupt noch suchen. In der Diskussion wurde sogar die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsfrauen in Frage gestellt.

Wir meinen, dass eine Bewegung umso mehr erreichen kann, je mehr Unterstützung und Mitengagement sie für ihre Forderungen gewinnt. Ausschlüsse zum vornherein scheinen uns deshalb kontraproduktiv, und erst recht die Trennung der Frauenbewegung in "Autonome" und "Gewerkschafterinnen". Kontraproduktiv ist aber auch der Verzicht auf notwendige Forderungen im Namen eines sogenannten "Realismus". Auch diese Meinung wurde vertreten.

3. Realismus

In der Diskussion wurde von einigen Parteifrauen die Minimalforderung der MoZ als "unrealistisch" kritisiert, weil

der heutigen Situation und mit der unverhofft grossen Teilnehmerinnenzahl nicht zu vermeiden, dass die Diskussion teilweise in sehr allgemeinen, strategischen Kontroversen steckenblieb. Erschwerend wirkte, dass die Gegnerinnen des Aktionsforums (in der Regel organisierte Frauen), des Aktionsprogramms und des MoZ-Projekts keine eigenen Vorschläge einbrachten. Dennoch kam in der Diskussion auch deutlich zum Ausdruck, dass die Frage des Schwangerschaftsabbruchs nicht gelöst ist, dass frau handeln sollte. Etwa 20 neue Frauen aus verschiedenen deutschschweizer Regionen erklärten sich bereit, das vorgeschlagene Aktionsforum mit uns zusammen weiter aufzubauen. Das ist für uns eine höchst erfreuliche Verstärkung und Aufmunterung!

Wie sieht nun unsere Arbeit aus: Zur Zeit diskutieren und planen wir die Lancierung eines Manifestes für das Recht auf Abtreibung und seine minimalen Voraussetzungen. Nachdem die eidgenössischen Räte, die nach wie vor ungelösten Probleme stillschweigend begraben wollen, müssen wir Frauen sie erst recht auf den Tisch bringen. Die Nationalratswahlen sind dafür eine günstige Zeit. Im übrigen wollen wir die inhaltlichen Diskussionen über neue Mütterlichkeit, Bevölkerungspolitik und ihre Technologien wieder aufnehmen, die wir in der Meeting-Vorbereitung unterbrechen mussten. Recht viel Energie werden wir auch in Zukunft dafür einsetzen, die MoZ in verschiedenen Regionen und Organisationen bekannt zu machen.

Interessiert?! Schreib uns oder ruf und an: MoZ, Postfach 611, 8026 Zürich; Jutta: P/G 01/954 21 26; Vreni: P 01/69 53 60; Franziska: P 01/930 61 31.

Jutta Haak, Vreni Bosshard, Franziska Wirz

“...erfordert auch Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere Mutterschaftsschutz, Elternurlaub, Kindertagesstätten.”

nicht vom Staat gefordert, sondern müsse gelebt werden. Wir fordern nun aber nicht Selbstbestimmung, sondern das *Recht* darauf, die gesellschaftlichen Voraussetzungen dazu. Und gerade da blieb die Antigena die Antwort auf alle Fragen schuldig: Durch welches angeblich "selbstbestimmte" Leben können wir das Strafgesetz, die staatliche Repression und die materiellen Zwänge ausser Kraft setzen? Warum wollen wir diese Gesellschaft überhaupt noch verändern, wenn sie ein selbstbestimmtes Leben schon heute zulässt?

die Organisationen die Krankenkassen nicht im Initiativtext wollten. Wir meinen, dass eine realistische Politik von der Realität der Frauen ausgehen muss.

Die meisten haben wenig oder kein eigenes Geld. Ein Projekt, welches die erreichte Zahlungspflicht der Krankenkassen wieder opfert und Abtreibung wieder zum Privileg der Reichen macht, geht genau in die verkehrte Richtung. Wir hatten für das Meeting eine sehr konkrete Diskussion mit sehr konkreten Aktionsvorschlägen vorbereitet und auch erhofft. Es war wohl in

Inserat

